

Die Staatsfirma in der Steueroase



[Getty Images]

Steuern. Firmen im öffentlichen Besitz würden weniger Steuervermeidung betreiben, so eine gängige Annahme. Stimmt nicht, zeigt eine neue Studie. Entscheidend ist, wer die Steuern erhält.

VON JAKOB ZIRM

Wien. 50 bis 70 Mrd. Euro an Steuern entgehen laut Schätzungen den Staaten in Europa jedes Jahr, weil Unternehmen Steuervermeidung betreiben – also legale Schlupflöcher verwenden, um ihre Steuerlast so gering wie möglich zu halten. Besonders für Aufsehen sorgen dabei naturgemäß Fälle großer internationaler Konzerne, die Unterschiede in den Jurisdiktionen verschiedener Länder geschickt ausnützen.

Auf der Agenda der Politik steht das Thema daher schon seit Längerem, zuletzt erhielt es aber wegen der staatlichen Coronahilfen wieder größere Aufmerksamkeit. So verweigerten Länder wie Dänemark oder Polen Hilfe an Firmen, die in Steueroasen registriert sind. Und in Deutschland geriet die Lufthansa ins Schussfeld der Kritik, weil sie Töchter auf Malta und mehreren Karibikinseln hat.

Daher stellt sich die Frage, ob Firmen in staatlichem Besitz eigentlich anders agieren als private Unternehmen? Einzelbeispiele wie die holländische Staatsbahn zei-

gen, dass dem nicht so sein muss. Die Bahn hatte jahrelang eine niederländisch-irische Konstruktion, um Steuern zu sparen. Also ein ähnliches Modell, wie es auch die oft gescholtenen US-Techkonzerne wie Google nutzen.

Dividenden oder Steuern?

Ökonomen der WU Wien wollten es nun aber genau wissen und schauten sich das Thema anhand deutscher Daten auf breiter Basis an. Frühere Studien waren zu dem Schluss gekommen, dass es bei Firmen im Staatsbesitz zu weniger Steuervermeidung kommt. Das ist jedoch nicht ganz richtig, so das Ergebnis der neuen WU-Studie. Ob eine Firma in öffentlichem Eigentum auf Steuervermeidung setzt oder nicht, hängt nämlich davon ab, ob die besitzende Gebietskörperschaft von den Steuern profitiert oder nicht.

Ist der Eigentümer der direkte Profiteur der Gewinnsteuern, gibt es nur wenig Grund, hier eine Vermeidungsstrategie anzuwenden, so die Studie. Denn was an Dividenden durch die Steuerlast geschmälert wird, kommt eben

durch die Steuer herein. Anders ist das aber, wenn ein Unternehmen einem Bundesland oder einer Gemeinde gehört, sagt WU-Professorin Eva Eberhartinger: „Die geringere Steuer geht zulasten des Bundes, die höhere Dividende aber zugunsten der Gemeinde.“ Und das werde in der Realität auch so umgesetzt, wie die empirischen Daten zeigen.

„Unsere Studie zeigt, dass es sehr stark auf die Interessenlage des Eigentümers ankommt“, so Eberhartinger. Und diese Interessen werden im Rahmen der Beaufsichtigung des Managements diesem auch mehr oder weniger deutlich mitgeteilt. Teil der Studie waren nur Firmen aus dem Produktions- oder Dienstleistungssektor, die mit Firmen im Privatbesitz vergleichbar seien. Also keine Versorger mit natürlichem Monopol, und auch keine Finanzinstitute.

Will der Staat nun, dass es zu weniger Steuervermeidung kommt, müsse er auf die Interessen der Eigentümer abzielen. Bei den staatlichen Betrieben könnte dies durch eine Veränderung der Besteuerung – also mehr Steuerho-

heit für die Gebietskörperschaften auf unterer Ebene – erfolgen. Wenn diese stärker an den Steuern partizipieren, kann sich für sie der Anreiz verringern, dass in ihren Firmen für höhere Dividenden Steuern vermieden werden.

„Moralische Keule“ unsinnig

Auch beim Management könnten Bonusregelungen auf den Vorsteuergewinn abzielen statt auf das Nettoergebnis. Andere Studien hätten gezeigt, dass das zu einer Abnahme der Steuervermeidung führt, so Eberhartinger. Manager nutzen diese Instrumente also nicht nur im Interesse der Eigentümer, sondern auch um ihr persönliches Gehalt zu verbessern.

Bei Privatunternehmen könne jedoch kaum ein Anreiz geschaffen werden, mehr Steuern zu zahlen. „Hier ist die rechtliche Einschränkung der Steuervermeidung der richtige Ansatz“, so Eberhartinger. Was gesellschaftlich nicht erwünscht sei, müsse legislativ verunmöglicht werden. Das Beispiel der Staatsfirmen zeige aber, dass es unsinnig sei, in dieser Frage „auf die moralische Keule“ zu setzen.

Ermutigende Signale von der Konjunktur

Wirtschaft. China und die Eurozone erholen sich rascher als angenommen. Vor allem in Deutschland verbessert sich die Stimmung in der Industrie, aber auch bei Verbrauchern. Auch Italien und Spanien schlagen sich unerwartet gut.

Peking/Berlin. In einigen führenden Wirtschaftsnationen der Welt stehen für die Industrie die Zeichen wieder auf Wachstum. In China, in der Eurozone und in Großbritannien haben sich Stimmungsindikatoren deutlich aufgehellt.

Nachdem der Einkaufsmanagerindex (PMI) des chinesischen Statistikamtes für das verarbeitende Gewerbe bereits eine bessere Stimmung gezeigt hatte, bestätigte am Montag der Frühindikator des Wirtschafts magazins „Caixin“ den Trend. Der Caixin-Index, der eher die Stimmung in kleinen, privaten Industriefirmen darstellt, stieg im Juli von 51,2 auf 52,8 Punkte.

Damit lag der an den Finanzmärkten stark beachtete Konjunkturindikator weiter über der

Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Werte oberhalb dieser Marke deuten auf eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten hin.

Während der Stimmungsindikator in China die Schwelle bereits zuvor überschritten hatte, konnte nun die Eurozone nachziehen. Hier zeigte die Stimmung der Einkaufsmanager im Juli ebenfalls eine Verbesserung. Der vom Marktforschungsinstitut IHS Markit erhobene Index signalisierte mit einem Anstieg um 4,4 Punkte und einem Indexwert von 51,8 Zählern erstmals in der Krise wieder Wachstum. Der Indikator ist nun den dritten Monat in Folge gestiegen, nachdem er im April wegen der Pandemie auf ein Tief von 33,4 Punkten abgestürzt war.

In Deutschland kletterte der Indikator im Juli ebenfalls über die Expansionsschwelle, während er in Frankreich bereits im Juni deutlich über dieser Marke lag. Einen unerwartet starken Anstieg hat es im Juli jeweils in Spanien und Italien gegeben. Beide Euroländer wurden von der Coronakrise besonders hart getroffen und haben das öffentliche Leben stärker heruntergefahren, als es beispielsweise in Österreich oder Deutschland der Fall war.

Bessere Stimmung im UK

„Die Eurozonen-Industrieunternehmen sind sehr gut ins dritte Quartal gestartet“, fasste Chris Williamson, Chefvolkswirt von IHS Markit die Daten aus dem Wäh-

rungsraum zusammen. Eine starke Stimmungsaufhellung zeigte sich auch in den Industrieunternehmen in Großbritannien. Hier kletterte der Stimmungsindikator weiter über die Marke von 50 Punkten.

In Deutschland erholt sich auch die Stimmung der Verbraucher im August langsam weiter. Bis der Konsum wieder auf das Vorkrisenniveau gelange, werde jedoch mehr Zeit vergehen als zunächst erwartet, teilte der Handelsverband Deutschland (HDE) am Montag mit. Das HDE-Konsumbarometer erreicht demnach derzeit einen Wert von 98,14 Punkten. Im Vergleich zum Vormonat ist das ein Anstieg von 1,8 Punkten. Jedoch verlangsamte sich das Tempo des Anstiegs. (APA/DPA)

XXXLutz will Republik nicht klagen

Der Möbelhändler sieht von einer Amtshaftungsklage ab.

Wien. Der Möbelhändler XXXLutz wird die Republik Österreich wegen der vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) gekippten 400-Quadratmeter-Regel im Handel nicht verklagen. Man habe entschieden, keine rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, sagte XXXLutz-Sprecher Thomas Saliger. Es sei um die Gleichstellung gegangen, nicht darum, Profit aus der Sache zu schlagen.

XXXLutz war einer der lautesten Kritiker der unterschiedlichen Öffnungsschritte nach dem Lockdown. Der Möbelkonzern hatte Anfang April gegen eine Bevorzugung der Bau- und Gartenmärkte gewettert. Diese durften ab 14. April wieder aufsperrten – und zwar unabhängig von ihrer Größe –, der Möbelhandel erst am 2. Mai. Auch kleine Küchen- oder Möbelstudios unter 400 Quadratmetern durften aufmachen.

Dass Geschäfte mit weniger als 400 Quadratmetern nach Ostern wieder öffnen durften, größere Geschäfte aber noch nicht, hat gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen – und dies vor allem auch deshalb, weil Bau- und Gartenmärkte mit mehr als 400 Quadratmetern auch Mitte April wieder aufsperrten durften, stellte der VfGH im Juli fest. (APA)

Grazer Bäckerei Hubert Auer insolvent

Das Traditionshaus hat die Covid-19-Maßnahmen nicht verkraftet.

Graz. Die Grazer Traditionsbäckerei Hubert Auer hat Insolvenz angemeldet. Es wird ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung beantragt, teilten die Kreditschützer von AKV und KSV1870 mit. Die Passiva betragen vier Mio. Euro, die Aktiva 680.000 Euro. Die Jobs von 77 Dienstnehmern in 24 Filialen wackeln.

Die Ursachen der Insolvenz sollen in den Auswirkungen der Maßnahmen gegen Covid-19 liegen: Das Betretungsverbot für Kaffeehäuser und eine niedrigere Nachfrage aufgrund des Lockdown hätten den Umsatz von April bis Juni zum Teil um mehr als 50 Prozent einbrechen lassen. Auch müsse man unvorhersehbar den Verlust einer gesamten Tagesschicht im Produktionsbereich verkraften. Den mehr als 80 Insolvenzgläubigern wird eine Quote von 20 Prozent angeboten. (APA)

URSCHITZ MEINT

Die Kolumne von Josef Urschitz erscheint heute als Leitartikel auf Seite 2.